



Nr.: 44/2011

Datum: 10.10.2011

Innenausschuss für Polizeireform

Die seit Jahren in Thüringen diskutierte Polizeireform hat die vorletzte Hürde genommen. Der Innenausschuss des Landtages hat dem Gesetz am 07.10.2011 zugestimmt. Ab dem 12.10.2011 wird sich nun voraussichtlich das Parlament mit dem Gesetz über die Neustrukturierung der Thüringer Polizei beschäftigen.

Vorgesehen ist eine Landespolizeidirektion, deren Einsatzzentrale die Polizei landesweit steuern soll. Die sieben bisherigen Polizeidirektionen werden mit den Polizeiinspektionen in Erfurt, Gera, Gotha, Jena, Nordhausen, Saalfeld und Suhl zusammengelegt. Zusätzlich wird eine Autobahnpolizeiinspektion errichtet. Das Projekt geht von bis 330 Polizeibeamten mehr im operativen Dienst aus. Gleichzeitig sollen bis 2020 mehr als 900 Stellen wegfallen.

Im Rahmen des Projektes werden Haushaltsstellen verteilt. Diese Haushaltsstellen sind aber zum Teil nicht besetzt bzw. die in Ausbildung befindlichen Polizeibeamten werden mit in die Berechnung einbezogen. Rechnerisch werden den Polizeidienststellen rund 400 Polizeibeamte zugewiesen, die überhaupt nicht vorhanden sind.

Künftig sollen weitere Stellen wegfallen. Mit den bis 2014 geplanten Neueinstellungen trägt die Landesregierung Sorge dafür, dass Altersabgänge bei der Polizei nicht vollständig ersetzt werden. Das führt unserer Meinung nach dazu, dass für den Polizeivollzugsdienst bereits 2015 nur noch so viel Beamte zur Verfügung stehen, wie erst 2020 geplant waren. Damit wird die Thüringer Polizei, deren Struktur jetzt per Gesetz verabschiedet und die erst ab Mitte 2012 umgesetzt werden soll, nicht mehr über das notwendige Personal für diese Struktur verfügen. Bereits in der nächsten Legislaturperiode wird die nächste Strukturreform für die Polizei anstehen.

Die GdP hat das Projekt PSR unterstützt, weil die Grundlage für das Projekt die Personalzahlen vom 01.01.2010 waren. Zusätzlich haben wir dem Innenausschuss eine Reihe weiterer Optimierungsvorschläge unterbreitet, die leider keinen Eingang in das Gesetzgebungsverfahren gefunden haben. Für dringend notwendige Investitionen zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit der Polizei (z.B. Einsatzleittechnik) bzw. zur Umsetzung der neuen Struktur stehen nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung. Der Digitalfunk, der 2011 in Thüringen flächendeckend eingeführt sein sollte, ist außer in Erfurt bisher nicht in Betrieb.

Die Strukturreform greift unter diesen Umständen nach Auffassung der GdP viel zu kurz. Sie wird diese Legislaturperiode kaum überstehen. Es werden zudem kaum zusätzliche Polizeibeamte für den operativen Dienst zur Verfügung stehen. Mit fortschreitendem Personalabbau werden Polizeidienststellen in ihrem Status verändert werden müssen und nicht mehr rund um die Uhr besetzt sein. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu, liebe Innenpolitiker.

Der Landesvorstand